



Detailansicht des Registereintrags

Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V. - Wirtschaft im Dialog

Aktuell seit 01.07.2026 10:05:07

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007085
Ersteintrag:	24.10.2024
Letzte Änderung:	01.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	01.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V. Dorotheenstraße 3 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493066508344 E-Mail-Adressen: kontakt@wv-g.de Webseiten: https://www.wirtschaftsvereinigung-gruene.de/ https://gruener-wirtschaftsdialog.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

650.001 bis 660.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

5,16

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Marie-Luise Wolff**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Karl Haeusgen**
Funktion: Vorstandsvorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (17):

1. **Martin Kaul**
2. **Katharina Krüger**
3. **Christoph Busch**
4. **Christian Forster**
5. **Jonas Viering**
6. **Anna Cebotareva**
7. **Simon Behnisch**
8. **Adrian Döhr**
9. **Felix Klein**
10. **Lisa Reymann**
11. **David Peter**
12. **Patrick Schuler**
Tätigkeit bis 07/24:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
13. **Ben Pabst**
14. **Diana von Webel**
15. **Alisa Gropper**
16. **Dr. Marie-Luise Wolff**
17. **Karl Haeusgen**

Gesamtzahl der Mitglieder:

254 Mitglieder am 30.06.2026, davon:

113 natürliche Personen

141 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (40):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V. will zur wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland beitragen und nachhaltige Politik in allen drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales verwirklichen. Als unabhängiger unternehmerischer Verein setzt die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V. vor allem auf das aktive Mitwirken seiner Mitglieder und auf den praxisorientierten Austausch zwischen Wirtschaft und Politik. Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V. versteht sich als Brückenbauer zwischen Entscheidungsträger*innen.

Diesem Vereinszweck dienen insbesondere:

- die aktive, strukturierte und transparente Kommunikation mit politischen Vertreter*innen aller Ebenen
- die Mitwirkung an der Schaffung von Rahmenbedingungen für neues, nachhaltiges Wirtschaften
- die Unterstützung bei der zeitnahen Einordnung von konkreten politischen Maßnahmen als Sparringspartner
- Erarbeitung und Verbreitung von Best-Practices und Förderung des Austausches in der Wirtschaft und der Wirtschaft mit der Politik
- Durchführung von Veranstaltungen mit Politiker*innen aller Ebenen

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V. - Wirtschaft im Dialog wurde 2024 gegründet. Der Verein ist aus den beiden Vereinen "Der Grüne Wirtschaftsdialog e.V" und die "Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V." hervorgegangen.

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. Europas Handelspolitik im Wandel: Deutschland als Akteur in einer neuen Weltordnung

Beschreibung:

Geopolitische Verschiebungen, wachsender Protektionismus und unfairer Wettbewerb stellen Deutschland und Europa vor zunehmende Herausforderungen in ihrer Außenwirtschaftspolitik. Für die Fortsetzung der Transformation, müssen wir Freihandelsabkommen mit unseren Partnern abschließen und neue Strategien und Instrumente entwickeln. Damit die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und nachhaltiges Wachstum gefördert wird, sind aus Sicht der Unternehmen daher gezielte Maßnahmen erforderlich:

- Vereinfachtere sektorale Abkommen und EU-only Abkommen
- Stärkung des multilateralen Handelssystems
- Freier und insbesondere fairer Handel für die Transformation
- Anwendbare Nachhaltigkeitsmaßnahmen in Handelsabkommen
- Sinnvolle Umsetzung Energie- und klimapolitischer Maßnahmen

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2411060020](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2506300240](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **Stärkung der Krisenresilienz durch ein Konzept zur gesamtstaatlichen Verteidigung**

Beschreibung:

Gesamtverteidigung unter Berücksichtigung von drei prioritären Dimensionen für die europäische Verteidigungsindustrie:

1. Produktion skalieren: Produktionskapazitäten anpassungsfähig gestalten, um schnell sicherheitsrelevante Güter produzieren und liefern zu können.
2. Personal mobilisieren: Personalressourcen optimal einsetzen und konkurrierenden Bedarf abstimmen.
3. Gesicherte Infrastruktur aufbauen: Eine Infrastruktur im „Drehscheibenland“ Deutschland schaffen, die im Ernstfall sowohl die Logistik als auch den Bevölkerungsschutz zu unterstützen fähig ist.

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411140018 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Investitionen in die Kreislaufwirtschaft hebeln

Beschreibung:

Deutschland und Europa stehen vor der dringenden Notwendigkeit, von linearen Wirtschaftsmodellen auf eine CO2-arme Kreislaufwirtschaft umzusteigen, um Ressourcen effizient zu nutzen, Abhängigkeiten von Rohstoffimporten zu reduzieren und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Transformation erfordert ökonomische Anreize, eine verlässliche Regulatorik sowie Investitionen in Infrastruktur und Innovation. Aus Sicht der Unternehmen sind insbesondere folgende Maßnahmen notwendig:

1. Ökonomische Anreize setzen und Investitionen ermöglichen
2. Langfristige und smarte Regulatorik etablieren
3. Datenräume schaffen und Prozesse digitalisieren
4. Infrastruktur

5. Standardisierungen anreizen
6. Leitmärkte etablieren, mit dem Bausektor beginnen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14090 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2501060016 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Unternehmen ermöglichen, mehr Grünstrom zu produzieren oder zu beziehen

Beschreibung:

Wenn Unternehmen ihren Strom teils selbst sauber erzeugen oder von anderen Erzeugern zu attraktiven Konditionen beziehen, können sie sich Kostenvorteile sichern, Kundenforderungen erfüllen und ihre Außenwirkung verbessern. Sie sichern sich so auch gegen die steigenden CO2-Preise fossiler Energien ab. Geplante Änderungen des Energiewirtschaftsrechts sollen zudem Unsicherheiten und Schwierigkeiten in der Praxis, insbesondere beim Netzanschluss, reduzieren. Dennoch bleibt eine Grünstromlücke zwischen den Mengen auf dem Markt und den Bedarfen der Unternehmen bei einer vollen Elektrifizierung. Mit Eigenstromerzeugung könnten Unternehmen einen Teil dieser Lücke schließen. Allerdings stehen Unternehmen in der Praxis weiter hohe Hürden gegenüber.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14705 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Integration von Photovoltaik- und anderen Erneuerbare-Energien-Anlagen in den Strommarkt und zur Vermeidung solarstrombedingter Netznotfallmaßnahmen

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2502120010](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. [Landwirtschaft und Verarbeitung in Deutschland stärken](#)**Beschreibung:**

Die WVG fordert Maßnahmen zur Sicherung der Exportfähigkeit, Förderung nachhaltiger Nutztierhaltung, Stärkung des ökologischen Landbaus und Verbesserung des Innovationsklimas in Agrar- und Lebensmittelwirtschaft. Dazu gehören ein geeigneter Rahmen und Kontrollen für Exporte in Niedrigstandard-Wirtschaftsräume, stabile Finanzierung, vergünstigte Kredite und schnellere Genehmigungsverfahren für tierwohlgerechte Nutztierhaltung. Ein Fahrplan für Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung sowie ein EU-weites Gemeinschaftsrecht sind nötig. Der ökologische Landbau soll durch Flächenwachstum und ausreichende Finanzierung der Bio-Strategie gefördert werden. Zudem wird ein innovationsfreundliches Umfeld mit langfristiger Förderpolitik und vereinfachten Genehmigungsverfahren gefordert.

Betroffenes geltendes Recht:

[TierSchNutzV](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [TierSchG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [TierHaltKennzG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Lebensmittelsicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Lebens- und Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300244](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundesregierung

6. Arbeitsmarkt zukunftsfähig und wettbewerbsfähig gestalten

Beschreibung:

Fachkräftemangel, Bürokratie und starre Arbeitsmodelle gefährden die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des deutschen Arbeitsmarkts.

Für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt braucht es gezielte Reformen, die Beschäftigung fördern, Qualifizierung ermöglichen und Migration erleichtern:

- Sozialabgaben senken und Arbeitskosten wettbewerbsfähig gestalten
- Arbeitsrecht flexibilisieren und Bürokratie abbauen
- Weiterbildungsanreize stärken und lebenslanges Lernen fördern
- Erwerbsmigration effizienter gestalten und Integration beschleunigen
- Betriebliche Altersvorsorge erleichtern und Altersarmut vorbeugen

Betroffenes geltendes Recht:

[ArbZG \[alle RV hierzu\]](#); [BetrVG \[alle RV hierzu\]](#); [BEEG \[alle RV hierzu\]](#); [EStG \[alle RV hierzu\]](#)
; [BBiG 2005 \[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#); [BQFG \[alle RV hierzu\]](#); [StabG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300245 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. Strategische Neuausrichtung der Außenwirtschaft

Beschreibung:

Geopolitische Spannungen, Protektionismus und ein wachsender Regulierungsdruck gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Mitglieder der WVG fordern:

Betroffenes geltendes Recht:

[AWG 2013 \[alle RV hierzu\]](#); [AWV 2013 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

8. Schnelles und klimaschonendes Bauen ermöglichen

Beschreibung:

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen fordert politische Maßnahmen für klimafreundliches Bauen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen digitalisiert, Länderbaurechte harmonisiert und alternative Bauweisen erleichtert werden. Eine Wohnungsbauinitiative mit eigenkapitalorientierter Förderung und digital gebündelten Programmen soll starten. Kreislauffähige Baustoffe und ein rechtssicherer Umgang mit Bauabfällen müssen gestärkt werden. Zudem braucht es mehr Energieeffizienz und Hitzeschutz sowie eine Vorreiterrolle des Staates mit eigenem Bauministerium.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; WoFG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Ländlicher Raum [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

9. **Digitale Innovationen für mehr Wettbewerbsfähigkeit**

Beschreibung:

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen fordert Maßnahmen zur Förderung digitaler Innovation, zum Abbau regulatorischer Hürden und zur Stärkung staatlicher Digitalfähigkeit: vereinfachte und kohärente Regulierung, Förderung von Schlüsseltechnologien und digitalem Mittelstand, eine starke digitale Verwaltung, harmonisierte Cybersicherheitsstandards sowie fairen Wettbewerb auf Plattformen.

Betroffenes geltendes Recht:

BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

10. **Eine erfolgreiche Energie- und Wärmewende**

Beschreibung:

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen fordert gezielte Maßnahmen für schnelleren Netzausbau, sinkende Energiepreise und mehr erneuerbare Energien, um Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Genehmigungen für Energieprojekte sollen beschleunigt, Stromsteuer und Netzentgelte gesenkt werden. Erneuerbare Energien brauchen verlässliche Förderung, Speichertechnologien einen vereinfachten Baurahmen. Wasserstoffausbau soll durch Ausschreibungen vorankommen, das GEG vereinfacht und Investitionen staatlich unterstützt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromStG [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

11. Weichenstellung für eine zukunftsfähige Gesundheitswirtschaft

Beschreibung:

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen fordert eine Neuausrichtung der Gesundheitswirtschaft mit Fokus auf Ergebnisqualität, Innovation und Digitalisierung. Versorgungsqualität und Wirtschaftlichkeit sollen besser ausbalanciert, digitale Lösungen konsequent ausgebaut werden. Gefordert werden: ein Value-Based-Ansatz mit transparenter Ergebnisqualität, Bürokratieabbau durch digitale Verfahren, verbindliche Digitalisierungsziele (u.a. ePA, ePI), Förderung digitaler Innovationen und schnellerer Marktzugang für MedTech. Prävention soll durch das neue Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit strategisch gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12790 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11561 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GDNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

12. Kreislaufwirtschaft anreizen und Rohstoffe sichern

Beschreibung:

Die Kreislaufwirtschaft ist zentral für Ressourcenschutz und wirtschaftliche Resilienz. Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen fordert eine Konkretisierung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie und ihre Harmonisierung mit EU-Recht. Steuerliche Anreize sollen Sekundärrohstoffe fördern, ein Produktpass Transparenz schaffen. Öffentliche Beschaffung soll grüne Leitmärkte stärken. Zudem braucht es einheitliche Standards für Rezyklate, eine rechtssichere Abfallende-Verordnung und eine bessere Verzahnung mit dem EU-Rohstoffgesetz.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

13. Mobilität von Morgen: nachhaltig, innovativ und beständig

Beschreibung:

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen fordert Maßnahmen zur Defossilisierung und Modernisierung des Verkehrssektors. Ziel ist eine klimaneutrale, resiliente Mobilität. Gefordert werden die konsequente Elektrifizierung von Straße und Schiene, der Ausbau emissionsfreier Antriebe sowie ein beschleunigter Umstieg durch Anreize. Nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels und SAF sollen durch klare Rahmenbedingungen und Investitionen gestärkt werden. Verkehrsinfrastruktur muss klimaorientiert modernisiert, Engpässe beseitigt und E-Mobilität mit flächendeckender Ladeinfrastruktur gefördert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]; AEG [alle RV hierzu]; BSeeSchG [alle RV hierzu]; LuftVG [alle RV hierzu]; GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

14. **Planungssicherheit für eine erfolgreiche Transformation**

Beschreibung:

Das Papier fordert politische Maßnahmen zur Beschleunigung der Transformation, um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Dafür braucht es einen stärkeren europäischen Kapitalmarkt, mehr Risikokapital, steuerliche Anreize für grüne Investitionen und die Nutzung der Altersvorsorge als Finanzierungsquelle. Grüne Märkte, der Green Deal sowie CCU-/CCS-Technologien sollen industriepolitisch gestärkt werden. Verwaltungsprozesse sind zu digitalisieren, Berichtspflichten zu reduzieren und Genehmigungen zu beschleunigen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14027 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge und zur Einführung eines Altersvorsorgedepots (Altersvorsorgedepotgesetz)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14513 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zweites Zukunftsfinanzierungsgesetz - ZuFinG II)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13585 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KredWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

15. Weiterentwicklung der Nationalen Weiterbildungsstrategie und Reform der Weiterbildungsförderung

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung der Nationalen Weiterbildungsstrategie und die Reform bestehender Förderinstrumente wie des Qualifizierungschancengesetzes, des Qualifizierungsgeldes sowie der AZAV-Zertifizierung. Konkret sollen Weiterbildungsmaßnahmen flexibilisiert (z.B. durch Absenkung der Mindestdauer von 120 auf 60 Stunden), Zertifizierungsverfahren für Bildungsträger vereinfacht, Aufstiegsqualifizierung in das QCG einbezogen, Ausschlussfristen reduziert und die Förderung für ältere Beschäftigte ausgeweitet werden. Darüber hinaus wird eine Anpassung des Bundesdurchschnittskostensatzes, die Digitalisierung von Antragsverfahren und die Einführung eines steuerlichen Pauschalsatzes für individuelle Weiterbildungsmaßnahmen angestrebt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507210013 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

16. Bürokratieabbau: Weniger ist mehr

Beschreibung:

Um Bürokratieabbau wirkungsvoll umzusetzen und die Wirtschaft tatsächlich zu entlasten, fordern die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung:

- Informations- und Berichtspflichten kürzen
- Einsatz von Pauschalisierungen, Bagatellgrenzen, Stichtagsregelungen und Genehmigungsfiktionen
- Once-Only-Prinzip umsetzen
- Digitale Standardpakete für Handwerk, Gastronomie und Mittelstand
- Praxis- und Digitalchecks verpflichtend
- Digitalisierbarkeit als verbindlicher Maßstab.
- Serviceorientierte Verwaltung mit verbindlichen Bearbeitungsfristen.

- Regulatory Sandboxes, Sunset-Klauseln und EU-weit harmonisierte Standards
- KMU-Test für alle EU-Regeln, Harmonisierung von Berichtspflichten.
- One-Stop-Shop für Gründungen in 24 Stunden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2150 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund) - Für ein schnelles, digitales und handlungsfähiges Deutschland.

Betroffenes geltendes Recht:

GewAbfV 2017 [alle RV hierzu]; BauNVO [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512180202 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

17. Start von EU-ETS2 wie geplant 2027 umsetzen

Beschreibung:

Im Hinblick auf den geplanten Start des EU ETS2 2027, sollte die Bundesregierung aus Sicht der Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung folgende Maßnahmen in Angriff nehmen:

CO2-Preiserwartungen stabilisieren: Planungssicherheit für Unternehmen und Haushalte schaffen, um Investitionsentscheidungen zu erleichtern und Vertrauen in den ETS-2 zu stärken.

Zusätzliche Mittel über ein Revenue Frontloading bereitstellen, um Maßnahmen zur Emissionsminderung frühzeitig anzustoßen.

CBAM vereinfachen und Negativemissionen ermöglichen: Den CO2-Grenzausgleichmechanismus bürokratiearm gestalten und einen verlässlichen Rechtsrahmen für Technologien zur Erzeugung negativer Emissionen schaffen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512180201](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG dorthin](#)]

18. **Cybersicherheit als Grundpfeiler der Daseinsvorsorge**

Beschreibung:

Um Deutschland vor zunehmende Cyberangriffen zu schützen, muss Cybersicherheit als Grundpfeiler der Daseinsvorsorge begriffen werden – gleichrangig mit Energie- oder Gesundheitsversorgung. Aus Sicht der Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung sind hierfür folgende Maßnahmen entscheidend:

- Cybersicherheit als Teil der Daseinsvorsorge mit Mindeststandards und Förderung verankern.
- Das BSI zu einer echten Zentralstelle für IT-Sicherheit ausbauen.
- NIS-2 und CER ohne nationale Sonderwege umsetzen – auch für Behörden.
- Regulierungen harmonisieren, um Doppelbelastungen zu vermeiden.
- Lieferketten besser absichern und verteidigungsrelevante Daten besonders schützen.
- Europäische digitale Souveränität stärken und neue Schwachstellen verhindern.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/2510 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: [BMI](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[BSI-KritisV](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512180200](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)

19. **Für eine echte Gebäudemodernisierung und Klimaneutralität der Wärmeversorgung**

Beschreibung:

Der Gebäudesektor hat die letzten Jahre wiederholt seine Klimaziele verfehlt, der Anteil erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung liegt bei etwa 18 Prozent. 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Hierfür braucht es klare Rahmenbedingungen für Energie-, Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer. Dazu zählen verlässliche ambitionierte Vorgaben zum Heizungstausch und eine Kostenfalle für Gas- und Ölheizungen sowie Wettbewerbsverzerrungen müssen vermieden werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[GEG \[alle RV hierzu\]](#); [WPG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wohnen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2604210029 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

20. **Resiliente Krisen- und Notfallversorgung sicherstellen**

Beschreibung:

Die WVG setzt sich dafür ein, Resilienz im Gesundheitssystem durch robuste Alltagsstrukturen dauerhaft zu verankern. Konkret wird eine verbindliche Notfallreform gefordert, die stationäre und ambulante Versorgung sowie den Rettungsdienst verzahnt und

Vergütungsstrukturen an bedarfsgerechter Versorgung statt am Krankenhausbesuch ausrichtet. Ergänzend treten die Mitglieder für ein Gesundheitssicherstellungsgesetz mit rollierender Bevorratung und flexibilisierten Genehmigungsverfahren ein sowie für eine Reform der Medizinprodukteverordnung, europäische Produktionskapazitäten und den Einsatz digitaler Infrastrukturen als Resilienz-Multiplikator.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2214 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes (Notfallgesetz - NotfallG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605200033 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.04.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

50.001 bis 60.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.770.001 bis 1.780.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Keine Angabe, da noch kein Geschäftsjahr abgeschlossen wurde.